



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 11.02.2021
*öffentlich***

Ort: Videokonferenz

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:55 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Dr.med. Detlef Wend	Ausschussvorsitzender
Ute Haupt	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
	<i>Teilnahme bis 18:43 Uhr</i>
Andreas Schachtschneider	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Claudia Schmidt	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Jan Döring	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Sören Steinke	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Beate Gellert	Fraktion Hauptsache Halle
Diana Franke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhil- feausschuss
Dr. Gaby Hayne	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhil- feausschuss
Tobias Heinicke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhil- feausschuss
Uwe Kramer	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhil- feausschuss
Anna Manser	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhil- feausschuss
Christof Starke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhil- feausschuss
Nora Böhme	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dagmar Deckwerth	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Hendrik Kluge	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
René Moses	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Mirko Petrick	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Petra Schneutzer	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Verwaltung

Katharina Brederlow	Beigeordnete des Geschäftsbereichs Bildung und Soziales
Alexander Frolow	Leiter Fachbereich Bildung
Annett Fritzsche	Sozialplanerin
Christina Kaufmann	Jugendpflegerin
Ralph Placke	Jugendpfleger
Andreas Fritsch	Leiter Abteilung ASD
Michael Gerstner	Bildungsmanager
René Lukas	Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Jerome Deubel	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Toralf Fischer	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Tino Kleinert	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Annika Möbius	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tobias Steinicke	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Nico Teschner	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Susanne Willers	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Sven Bartsch	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

zu Einwohnerfragestunde

Herr Dr. Wend lass die eingegangene Einwohnerfrage von Herrn Rodney Thomas vor.

Zitaten aus der Mitteilung zur aktuellen Situation für Kinder und Jugendliche im Hinblick auf Corona bzw. den daraus folgenden Lockdown und ansteigende Gefährdungssituationen im Rahmen von häuslicher Gewalt oder anderweitigen Kindeswohlgefährdungen: Davon wurden bis Ende Juni 234 Meldungen registriert. Im Rahmen des ersten Lockdown zeigte sich somit kein signifikanter Anstieg der Meldungen.

Darüber hinaus wird festgestellt: Eine thematische Erhöhung des Themas Gewalt bei Beratungen in den Erziehungsberatungsstellen konnte im gesamten Jahr nicht festgestellt werden. Der erste Lockdown, bei dem auch Jugendfreizeiteinrichtungen lange geschlossen blieben, führte zu keiner messbaren Auswirkung. Bericht unterzeichnet von Katherina Brederlow, Beigeordnete Am. 20 November berichtete die Mitteldeutsche Zeitung: Das Universitätsklinikum in Halle schlägt Alarm.

Der Corona-bedingte Lockdown im Frühjahr mit geschlossenen Schulen und Kindertagesstätten hat in Halle zu einem deutlichen Anstieg von Verdachtsfällen auf Kindesmisshandlung geführt. „Diese Beobachtungen wie in anderen Regionen Deutschlands können wir bestätigen“, sagt Professor Jan-Henning Klusmann, Direktor der Kinderkliniken am Universitätsklinikum in Halle, der MZ. Die Lage sei dramatisch. „Seit April verzeichneten wir in der Kinderakutambulanz eine Verdopplung von Verdachtsfällen auf Kindeswohlgefährdung im Vergleich zu den beiden Vorjahren.

Von August bis Oktober hat sich die Zahl sogar vervierfacht.“ Und es sei zu befürchten, dass mit der zweiten Coronawelle auch die Fälle von Kindesmisshandlungen wieder ansteigen. Der sprunghafte Anstieg von Verdachtsfällen nach dem Ende des ersten Lockdowns zeigt, wie wichtig Schulen und Kitas auch als Kontrollinstanz sind, um Fälle von Kindesmisshandlung zu erkennen.“ Das klingt für mich ein bisschen wie Auszüge aus Charles Dickens "Eine Geschichte aus zwei Städten".

Für die heutige Sitzung könnten Sie den Stadträten und Stadträtinnen den dramatischen Unterschied zwischen den von Professor Klusmann, Direktor der Kinderkliniken am Universitätsklinikum in Halle, im November geschilderten Erfahrungen vor Ort und Ihrer heutigen Präsentation erklären?

Frau Brederlow teilte mit, dass den Jugendhilfeausschussmitgliedern der Bericht des Fachbereiches Bildung vor. Dieser Fachbereich erhält die Meldungen von Kinderschutzfällen der Stadt Halle (Saale). Die Universitätsklinik versorgt nicht nur die Stadt Halle (Saale). Aus dem Saalekreis ist bekannt, dass dort keine validen Daten aus dem ersten Lock down vorliegen, die eine deutliche Erhöhung der Kinderschutzfälle die bei den Jugendämtern gemeldet werden, vorliegen. Im Gegensatz zum ersten Lock down wurden im zweiten Lock down z.B. sind jetzt die Berstungsstellen und Freizeiteinrichtungen geöffnet.

Frau Brederlow bemerkte, dass es keine Information über die Zusammensetzung der Zahlen der Universitätsklinik erteilt werden kann.

Herr Dr. Wend lass die Zusatzfragen von Herrn Rodney Thomas vor.

1. Zusatzfrage:

Für Menschen unter 20 Jahren, also Kinder: Die Überlebensrate bei Corona beträgt 99,997 Prozent. In den USA sowie auch in Deutschland gibt es fast keine Fälle, in denen ein Kind Covid an ein Familienmitglied oder eine dritte Person weitergegeben hat. Mehr dazu in der MZ von November:

Professor Klusmann fordert, bei allen Einschränkungen zu bedenken, dass laut aktueller Studien insbesondere junge Kinder kein relevantes Reservoir für Coronainfektionen darstellen. „Wir mussten bislang noch kein Kind wegen Coronasymptomen klinisch behandeln.“ Nach allem, was man bisher wisse, verlaufe die Infektion bei Kindern entweder beschwerdefrei oder nur mit leichten Krankheitsanzeichen. „Bei dem relativ niedrigem Risiko, das Kinder für die Allgemeinheit bedeuten, ist hingegen der potenzielle Schaden für Kinder groß, wenn sie in Quarantäne müssen.“

Werden Sie eine Befürworterin für die sofortige Aufhebung aller den zerstörerischen Sanktionen gegen unsere Kinder hier in Sachsen-Anhalt?

Frau Brederlow sagte, dass Sie für keine sofortige Öffnung ist. Es gehen durchaus von Gemeinschaftseinrichtungen Risiken aus. Die aktuellen Maßnahmen sind derzeit angemessen.

2. Zusatzfrage:

Wenn man Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff heute zuhört, wird deutlich, dass viele Menschen immer noch eine übergroße Angst vor dem Corona-Virus haben. Die neuen WHO-Richtlinien vom Januar fordern eine Rückkehr zu einer medizinischen Diagnose, um festzustellen, ob eine Person einen Fall von Corona hat nicht der PCR-Test Frau Brederlow und der Oberbürgermeister sagen immer, dass sie sich an die Richtlinien des Robert-Koch-Instituts halten. Allerdings folgt das Robert-Koch-Institut die WHO-Richtlinien.

Lesen Sie die Website.

Frage: ist es nicht Ihre Pflicht, die Richtlinien des Robert-Koch-Instituts UND der WHO für die Meldung von Fällen zu folgen, das heißt, durch medizinische Diagnosen und nicht massen PCR Testung und würde das nicht die unnötige Angst reduzieren?

Frau Brederlow betonte, dass man an das Infektionsschutzgesetz der Bundesrepublik Deutschland und den entsprechenden Eindämmungsverordnungen des Landes Sachsen-Anhalt gebunden ist und sich darangehalten wird.

zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

Es lagen keine Fragen zur Kinder-und Jugendsprechstunde vor.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Herr Dr. Wend** zur Abstimmung der Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
 2. Feststellung der Tagesordnung
 3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 10.12.2020
 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
 5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Bildungskonzept für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2020/01960
 - 5.2. Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe; Innovative Maßnahmen nach Ziffer 2.2.2 der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Förderung der freien Jugendhilfe i. d. F. vom 22.05.2017 (Förderrichtlinie) mit einer Antragssumme von mehr als 5.000,00 EUR
Vorlage: VII/2020/02065
 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
 8. Mitteilungen
 - 8.1. Faktencheck Bildung
 - 8.2. Mitteilung Aktuelle Situation für Kinder und Jugendliche im Hinblick auf Corona
 9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
 10. Anregungen
 - 10.1. Themenspeicher
-

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 10.12.2020

Es gab keine Einwendungen gegen die öffentliche Niederschrift vom 10.12.2020 sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es lagen keine nicht öffentlichen Beschlüsse aus der letzten Sitzung vor.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Bildungskonzept für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2020/01960

Herr Gerstner führte in die Vorlage der Verwaltung ein.

Frau Gellert wies darauf hin, dass laut Bildungsleitbild eine Chancengleichheit für alle ermöglicht werden soll. In der Corona-Pandemie hat man festgestellt, dass es sehr schwer umzusetzen ist. Sie sprach die Baustelle Digitalisierung sowie eine teilweise Bildungsarmut einiger Eltern als hinderliche Faktoren an. Zukünftig müssen diese Erfahrungen genutzt werden, um dahingehende Probleme lösen zu können.

Sie fragte, wie mit dem Sachverhalt der Schulverweigerung im Grundschulbereich umgegangen wird.

Herr Heym bemerkte, dass ein großer Teil einer erfolgreichen Arbeit der Jugendhilfe die Motivation ist. Dieser Aspekt sollte in diesem Konzept sehr verdeutlicht werden. Er appellierte zum Thema Schulverweigerung, dass man genau in Erfahrung bringt, welche Gründe vorliegen.

Herr Schachtschneider sprach die Zielsetzung an, dass mindestens 90% der Schulabgängerinnen und -abgänger mindestens einen Hauptschulabschluss schaffen sollen. Hier sollte der Ansporn höher sein. Schulabgängerinnen und -abgänger, die noch nicht einmal den Hauptschulabschluss vorweisen können, haben sehr wenig Chancen in der heutigen Berufswelt.

Frau Haupt teilte mit, dass das Bildungskonzept im Bildungsausschuss vertagt wurde. Sie erwähnte die mobilitätseingeschränkten Schülerinnen und Schüler und betonte, dass es noch andere Aspekte von Barrierefreiheit gibt. Sie regte an, Eltern bei der Erarbeitung inklusiven Informationsmaterials einzubeziehen.

Des Weiteren fragte **Frau Haupt**, wie die ersichtlichen Zeiträume und damit verbundenen Ziele in der Verwaltung kontrolliert werden.

Frau Brederlow teilte mit, dass dieses Konzept noch mit Maßnahmen unteretzt werden muss. Den angesprochenen Punkt von Frau Gellert findet man auf Seite 56 im Konzept, dort besteht der Hinweis auf die AG § 78 Jugendhilfe-Schule. Sie betonte, dass dieses Konzept als richtungsweisend zu verstehen ist.

Herr Gerstner sagte zum Thema Schulverweigerung, dass entsprechende Maßnahmen gem. 4.2.3 im Konzept aufgenommen wurden. Auf die Frage von Frau Haupt wies er auf das Kapitel 5 im Konzept hin. Das Bildungsmanagement, die verwaltungsinterne Lenkungsgruppe sowie der geplante Bildungsbeirat begleiten den Prozess. Es besteht das Anliegen, alle betroffenen Ausschüsse regelmäßig über den aktuellen Stand der Maßnahmen zu informieren.

Frau Schmidt erwähnte das Thema „Übergang Schule - Beruf“. Es besteht ein Stadtratsbeschluss, dass ein Bericht zu den Maßnahmen „Übergang Schule - Beruf“ bis zum I. Quartal 2021 erstellt wird. Sie erkundigte sich, wann dieser Bericht vorgestellt wird.

Frau Brederlow sagte, dass aktuell an diesem Bericht gearbeitet wird. Es ist geplant, den angesetzten Zeitrahmen einzuhalten.

Herr Dr. Wend bedankte sich für die ausführlichen Informationen. Er machte auf den hohen Stellenwert des gesamten Themas aufmerksam.

Herr Heinicke übernahm die Sitzungsleitung.

4.1 Maßnahmenträger: „Der Kinderschutzbund Bezirksverband Halle (S.) e. V.“
Maßnahme: „Bauspielplatz "KiFaNa" (Kinder-Familie-Natur)“

Herr Dr. Wend nahm wegen Mitwirkungsverbot nach §33 LSA-KVG nicht an der Abstimmung teil.

Herr Heinicke bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

4.2 Maßnahmenträger: „Kinderland Halle gGmbH“
Maßnahme: „Lebenslust statt Agro und Frust“

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

4.3 Maßnahmenträger: „Humanistischer Regionalverband Halle-Saalkreis e. V.“
Maßnahme: „Gesunde Eltern-Kind-Beziehung“

Frau Haupt teilte mit, dass einer Förderung der Umsetzung hinsichtlich des Präventionskonzeptes erfolgen soll. Sie fragte, wann diese Umsetzung eintritt.

Frau Kaufmann sagte, dass es demnächst einen Aufruf an die freien Träger geben wird, sich mit Maßnahmen hinsichtlich des Präventionskonzeptes zu bewerben.

Herr Dr. Wend bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

4.4 Maßnahmenträger: „Verein zur Förderung der Waldorfpädagogik e. V.“
Maßnahme: „Bauspielplatz 2021“

Herr Dr. Wend bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

4.5 Maßnahmenträger: „Verein zur Förderung der Waldorfpädagogik e. V.“
Maßnahme: „Kreativ & Zeitgemäß, digitale Jugendarbeit, Chancen trotz Corona“

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

4.6 Maßnahmenträger: „CORAX e. V.“
Maßnahme: "Next Stop: Our Waves" - Jugendradio aus Randbezirken von Halle

Herr Heym fragte, wer die Jugendlichen aussucht, die dort Radio veranstalten können. Des Weiteren fragte er, wer aus pädagogischer Sicht Einfluss auf die Jugendlichen nimmt.

Frau Brederlow sagte, das der CORAX e.V. Träger der Jugendhilfe ist.

Frau Kaufmann wies darauf hin, dass mit diesem Projekt eine halbe Stelle einer Mädchen-pädagogischen Fachkraft gefördert wird und somit dieser Vorgang aus pädagogischer Sicht sehr zu vertreten ist. Sie erwähnte, dass dieses Projekt nicht zentral an einer Stelle stattfindet, sondern in einem Verbund mit dem Projekt „Tumult“.

Herr Dr. Wend bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

4.7 Maßnahmenträger: „Sport- und Kultur-Club TaBeA Halle 2000 e. V.“
Maßnahme: „MSG- MUT statt Gewalt“

Herr Schachtschneider nahm wegen Mitwirkungsverbot nach §33 LSA-KVG nicht an der Abstimmung teil.

Herr Kramer erwähnte die ersichtlichen Honorarausgaben für Veranstaltungen. Die vermittelten Inhalte des Vereins müssen fast ausschließlich in einer Präsenz erfolgen. Er fragte wie es sich hinsichtlich der Pandemie darstellt.

Herr Placke teilte mit, dass mit diesen ersichtlichen Honorarausgaben Veranstaltungen gemeint sind wie z.B. Sommercamps und Jugendevents. Durch die Einschränkung der Pandemie versucht man auf digitalen Möglichkeiten bzw. Projekte einzugehen.

Herr Dr. Wend fragte, ob hierzu die nötigen Endgeräte vorhanden sind

Frau Manser fügte hinzu, dass es vom Jobcenter eine Unterstützung von 350,00 EURO für Endgeräte gibt.

Herr Dr. Wend bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

4.8 Maßnahmenträger: „congrav new sports e. V.“
Maßnahme: „tumult - medienkompetenzzentrum - Modellprojekt“

Herr Dr. Wend bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

4.9 Maßnahmenträger: „CVJM Familienarbeit Mitteldeutschland e. V.“
Maßnahme: „Wo Familie gelingt - aufsuchende und gruppenbezogene Familienarbeit“

Herr Dr. Wend bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

4.10 Maßnahmenträger: „Friedenskreis Halle e. V.“
Maßnahme: „Judentum lernen - anhand des Schabbats“

Herr Starke nahm wegen Mitwirkungsverbot nach §33 LSA-KVG nicht an der Abstimmung teil.

Herr Schachtschneider bemerkte die hierbei ersichtlich 0,05 Vollzeitstelle.

Herr Loll sagte, dass in diesem Projekt der „Friedenskreis Halle e. V.“ durchführender Träger ist. Hierbei wird mit einem Kooperationspartner kooperiert. Das ergibt eine 0,05 Vollzeitstelle.

Herr Dr. Wend bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

4.11 Maßnahmenträger: „Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e. V.“
Maßnahme: „Entdecke deine Stadt - junges Engagement in Halle (Saale)“

Herr Dr. Wend bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

4.12 Maßnahmenträger: „Kaltstart e. V.“
Maßnahme: „Spielalarm: SCHÖNE AUSSICHT - Kinder- und Jugendtheaterwerkstatt“

Herr Dr. Wend bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Förderung der Innovativen Maßnahmen mit einer Antragssumme von mehr als 5.000,00 EUR, unter dem Haushaltsvorbehalt für das Jahr 2021 gemäß der Anlage 1 in Höhe von:

179.170,00 EUR.

zu 6 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 **schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 **Mitteilungen**

zu 8.1 **Faktencheck Bildung**

Frau Gellert machte hinsichtlich der Ausgaben pro Kind und Jugendlichen darauf aufmerksam, dass gem. SGB VIII Kinder und Jugendliche von 6 bis 27 Jahren gelten. In diesen Unterlagen ist eine Finanzierung von 6 bis 18 Jahren mit der Summe von 101,00 EURO aufgeführt. Die gesetzlichen zur Verfügung stehenden Mittel umfassen aber die Summe von 46,84 EURO pro Kind und Jugendlichen. Bei der Darstellung betreuter Kinder im Krippenbereich plädierte sie dafür, dass als Bezugsgröße nicht die Kinder im Alter von 0 bis 3 Jahren herangezogen werden, sondern im Alter von 1 bis 3 Jahren, da i.d.R. erst dann ein Betreuungsplatz in Anspruch genommen wird.

Frau Gellert bemerkte die Darstellung „Übergang in die Grundschule“. Dort sind vorzeitige und verspätete Einschulungen dargelegt. Sie fragte, wie viele Kinder in den ersten zwei Schuljahren in der Schuleingangsphase verweilen müssen.

Frau Fritzsche wies darauf hin, dass es wichtig ist, dass die dargestellten Daten mit denen im Bedarfs- und Entwicklungsplan Kindertagesbetreuung sowie anderen Planungen und Veröffentlichungen vergleichbar sind. Es werden Krippenkinder von 0 bis 3 Jahren ausgewiesen, als Erfahrungswert hält man dies für sinnvoll.

Frau Fritzsche nahm den Hinweis zur Darstellung „Übergang in die Grundschule“ auf und prüft die Möglichkeiten der Umsetzung.

Herr Dr. Wend bedankte sich für die Darstellung und wies darauf hin, dass eine sehr niedrige Quote bei dem Kitabesuch von Kindern mit Migrationshintergrund vorliegt.

Frau Brederlow betonte, dass Sie zu diesem Thema regelmäßig mit Frau Schneutzer in Kontakt tritt. Die AG § 78 ist in diesem Sachverhalt involviert.

Frau Gellert bat für den nächsten FaktenCheck Bildung, die Frühförderkinder nach Förderbedarfen zu untergliedern.

Frau Franke bestätigte, dass die Frühförderbedarfe stetig ansteigen.

Frau Fritzsche betonte, dass u.a. für solche Diskussion der FaktenCheck erstellt wurde. **Frau Dr. Hayne** bemerkte, dass z.B. in den Einrichtungen in Halle-Neustadt ein Migrationsanteil von 60 bis 80% vorliegt. Den Vorwurf, dass die freien Träger Migrationskinder in den Einrichtungen nicht aufnehmen bzw. vermindert aufnehmen, wies sie zurück.

zu 8.2 Mitteilung Aktuelle Situation für Kinder und Jugendliche im Hinblick auf Corona

Herr Fritsch informierte zur aktuellen Situation für Kinder und Jugendliche im Hinblick auf Corona.

Frau Haupt bemerkte den Erfahrungsaustausch zum Netzwerk Kinderschutz. Sie erkundigte sich wie viele Jugendeinrichtungen geöffnet haben und die dort ermöglichen Angebote eingeschränkt sind.

Herr Fritsch sagte, dass viele Jugendeinrichtungen im Gegensatz zum ersten Lockdown geöffnet sind. Diese haben aber wegen der Pandemie eingeschränkte Angebote.

Frau Gellert fügte hinzu, dass sich der Fachbeirat Kinderschutz für die Erarbeitung eines Schriftstücks für die eben geschilderten Probleme geeinigt hat.

Herr Schachtneider stellte fest, dass es große Unterschiede hinsichtlich von Haus und Familienstreits, häusliche Gewalt, Suizidabsichten gab. Er betonte, dass dabei häufig Kinder mit involviert sind. Er fragte, wie der Allgemeine Soziale Dienst dort gehandelt hat, um schlimmeres zu verhindern.

Herr Fritsch teilte mit, wenn eine Meldung zur einer möglichen Kindeswohlgefährdung eintrifft, muss der ASD aufgrund einer rechtlichen Verpflichtung handeln. Vorfälle, die diesen Schwellenwert nicht erreichen, ist der ASD nur beim Verlangen der Familien zuständig.

Herr Schachtschneider betonte nochmalig, dass es hinsichtlich der Kindeswohlgefährdung hohe Fallzahlen gibt.

Frau Manser sagte, dass die Familienhelfer größte Anerkennung verdienen.

Herr Dr. Wend bestätigte die Aussage von Frau Manser.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Es lagen keine mündlichen Anfragen vor.

zu 10 Anregungen

Herr Heinicke regte an, dass die Verwaltung ein einheitliches Verwaltungsprogramm hinsichtlich der KJHG Ermäßigung prüft.

zu 10.1 Themenspeicher

Der Themenspeicher wurde zur Kenntnis genommen.

Da es keine weiteren Anregungen gab, beendete **Herr Dr. Wend** die öffentliche Sitzung und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Dr. Detlef Wend
Ausschussvorsitzender

René Lukas
Protokollführer